

13. September 2025

Lieber Matthias, liebe Gäste,

ich freue mich sehr, heute hier zu sein, nicht nur um mit dir, Matthias, deinen Geburtstag zu feiern, sondern auch, weil du dir ein paar Gedanken zum Thema Gerechtigkeit gewünscht hast – ein Thema, das uns beide seit vielen Jahren verbindet.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Es muss gerecht zugehen in unserer Gesellschaft. Das ist mein Antrieb, meine Motivation, mein innerer Kompass. Und genau deshalb bin ich froh, dass unser Grundgesetz so klar ist: Artikel 1 – die Würde des Menschen ist unantastbar. Artikel 20 – das Sozialstaatsprinzip. Das heißt: Menschenwürde und soziale Sicherheit gehören untrennbar zu unserer Demokratie.

Und ich bin dankbar, dass es so viele Mitstreiter:innen gibt: Die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertretungen, aber natürlich auch seit über 20 Jahren GewerkschaftsGrün. Sie alle sind es, die tagtäglich für Gerechtigkeit kämpfen. Und ich bin froh, lieber Matthias, dich seit so vielen Jahren an meiner Seite zu haben – als verlässlichen Mitstreiter, als Vorbild und als jemand, der wichtige Impulse gibt.

Es braucht soziale Gerechtigkeit, weil sie der Kitt für unsere Gesellschaft ist. Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Zusammenhalt, keine Solidarität, kein Vertrauen. Wer Menschen alleine lässt, gefährdet die Demokratie. Soziale Gerechtigkeit ist also weit mehr als Sozialpolitik – sie ist Demokratiep Politik.

Doch im Moment mache ich mir Sorgen. Die Risse in unserer Gesellschaft werden größer. Ein Beispiel ist die Arbeitswelt: Es gibt Saisonarbeit, Entsendungen, Leiharbeit, wo es teilweise noch immer übel zugeht, aber darüber möchte kaum jemand reden. Die Tarifbindung nimmt seit Jahren ab. Deshalb brauchen wir ein Bundes-Tariftreugesetz für öffentliche Aufträge, das seinen Namen wirklich verdient.

Psychische Belastungen und Erkrankungen nehmen zu. Und jetzt will die Merz-Regierung auch noch an die Arbeitszeit ran. Wenn Beschäftigte länger arbeiten müssen, dann steigt nicht nur der Stress, sondern auch das Risiko krank zu werden. Wer 12 Stunden am Tag arbeitet, hat keine Zeit für Kinderbetreuung und Hausarbeit. Mit längeren Arbeitszeiten wird es noch schwieriger, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Vor allem Frauen, die noch immer zum großen Teil die Sorgearbeit tragen, geraten noch mehr unter Druck. Anstatt Arbeitszeitpolitik endlich modern zu gestalten, fällt die Koalition zurück in alte Muster. Arbeitszeit ist nicht nur Produktionszeit. Es geht um Gesundheit, um Würde und um Lebensqualität. Arbeitszeit ist Lebenszeit.

Meine Sorgen aber sind noch viel grundsätzlicher: Kanzler Merz stellt den Sozialstaat in seiner jetzigen Form in Frage - er sei so nicht mehr finanzierbar. Das ist brandgefährlich und vor allem falsch. Natürlich sind Rente, Gesundheit, Pflege durch den demografischen Wandel unter Druck. Es braucht aber keine Kürzungen. Die Beschäftigten müssen auch nicht länger arbeiten. Was wir wirklich brauchen sind echte Reformen – Stichwort Bürgerversicherung.

Der Sozialstaat ist natürlich bezahlbar – auch trotz Bürgergeld und Migration. Die Ausgaben sind im internationalen Vergleich moderat und seit Jahren stabil. Und sie sparen langfristig immense Kosten, weil Armut, schlechte Bildung oder fehlende Gesundheitsversorgung später viel teurer werden.

Deutschland ist reich genug, soziale Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Es geht nicht ums Geld – es geht um Prioritäten. Jedes Jahr gehen uns Milliarden Euro verloren: durch Steuerhinterziehung, durch klimaschädliche Subventionen, durch zu niedrige Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften. Mit einer gerechten Steuerpolitik könnten wir bis zu 100 Mrd. Euro zusätzlich pro Jahr mobilisieren. Wenn Merz das ignoriert und stattdessen den Sozialstaat infrage stellt, dann nicht, weil das Geld fehlt, sondern weil der politische Wille fehlt.

Am Ende geht es immer um Haltung. Hinter jeder Zahl stehen Menschen – Kinder, Eltern, Kranke, Pflegebedürftige. Sie alle verdienen Sicherheit und Würde, unabhängig vom Einkommen. Wer den Sozialstaat infrage stellt, riskiert den gesellschaftlichen Frieden. Soziale Sicherheit ist kein Luxus, sondern Ausdruck gemeinsamer Verantwortung. Deshalb müssen wir laut sein - für einen starken Sozialstaat, gegen die Kürzungsfantasien von Merz und für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt.

Doch meine Sorge geht noch weiter und betrifft das Thema Asyl. Auch hier wird das Klima kälter, die Gesetze härter, die Politik rücksichtsloser.

Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, die Schutz und Sicherheit suchen, werden in unserer Gesellschaft zunehmend nicht mehr willkommen geheißen. Gleichzeitig wurden die politischen Rahmenbedingungen verschärft – auch von der Ampel-Regierung – und es ist zu befürchten, dass durch die Merz-Regierung noch mehr kommt. Statt Empathie und Solidarität dominieren Abschreckung und Abwehr. Das verletzt unsere Werte und es widerspricht unserer historischen Verantwortung.

Aber es geht längst nicht mehr nur um Geflüchtete. Auch Menschen, die hier schon immer oder lange leben, werden in gleicher Weise abgewertet. Damit bin ich bei der Debatte um das Bürgergeld, die mir besonders große Sorgen macht.

Da wird nach unten getreten. Menschen werden stigmatisiert. Desinformation wird verbreitet. Alle reden über „das Bürgergeld“ und merken gar nicht, dass sie über Menschen reden. Das verletzt, das macht etwas mit den Betroffenen – und auch mit unserer Gesellschaft.

Die Kampagne der Union hat längst konkrete Folgen. Die Regierung verspricht, beim Bürgergeld „an die Substanz“ zu gehen. Merz & Linnemann wollen die Sanktionen massiv verschärfen – bis hin zur vollständigen Streichung. Und die Mehrheit in dieser Gesellschaft begrüßt das auch.

Hier geht es an die Würde der Menschen. Und das ist zudem auch falsch und kontraproduktiv. Leistungskürzungen bedeuten soziale Not. Das führt zu Isolation und Resignation. Sanktionen betreffen nur eine kleine Gruppe – konkret rund 16.000 Menschen, also gerade einmal 0,4 Prozent der erwerbsfähigen Erwerbslosen im Bürgergeld. Trotzdem schüren diese Ankündigungen Misstrauen gegenüber allen. Das ist fatal, denn Menschen, die lange arbeitslos sind, brauchen keinen Druck, sondern Unterstützung.

Aber es geht nicht nur um einzelne Maßnahmen – um eine Reform. Es geht um das Menschenbild, das dieser Politik zugrunde liegt und das in die Gesellschaft hinein getragen wird. Die Bürgergeld-Debatte hat das soziale Klima vergiftet. Langzeitarbeitslose werden als unsolidarisch und unanständig dargestellt, obwohl es dafür keinerlei Grundlagen gibt. Die Geschichten über sie basieren auf Desinformation – auf Fake News. Und doch verfestigt sich dieses Bild durch die ständigen Wiederholungen.

Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit, ob Gesundheit, fehlende Qualifizierung oder strukturelle Probleme werden komplett ausgeblendet. Und wenn eine ganze Gruppe von Menschen abgewertet wird, dann sinkt auch die Bereitschaft, sich für sie einzusetzen. Aus Empathie wird Verachtung. Aus einem Miteinander wird ein Gegeneinander. Das zerstört Solidarität.

Die Bürgergeld-Debatte schürt auch das Misstrauen gegenüber dem Sozialstaat und seinen Institutionen: Immer wieder wird suggeriert, es gehe um Missbrauch. Erwerbslose und Geflüchtete würden den Staat und die Gesellschaft ausnutzen. So verliert die staatliche Sozialpolitik an Vertrauen. Und so wächst das Misstrauen – nicht nur gegenüber den Menschen, sondern auch gegenüber dem Staat selbst.

Und damit bin ich bei der AfD. Sie hat diese toxische Debatte für sich genutzt. Sie hat sie mit Rassismus verbunden und damit verschärft. Sie hat soziale Abstiegsängste mit nationalistischen Parolen verbunden und so eine gefährliche Mischung aus Sozialneid und Fremdenhass salonfähig gemacht. Und das Schlimmste ist: Die Union hat an dieser Stelle ähnlich argumentiert. Damit wurden AfD-Positionen normalisiert und das hat die Zustimmung zur AfD gestärkt. Das zeigt: Soziale Fragen und demokratische Stabilität sind eng miteinander verbunden. Wer soziale Sicherheit schwächt, gefährdet die Demokratie.

Darum müssen wir klar sein: Ungerecht ist nicht, dass Langzeitarbeitslose oder Geflüchtete Unterstützung erhalten.

Ungerecht ist, dass das reichste Prozent mehr besitzt als die Hälfte der Bevölkerung.

Ungerecht ist, dass Menschen trotz Arbeit nicht über die Runden kommen.

Ungerecht ist, dass Kinder in einem reichen Land in Armut aufwachsen.

Ungerecht ist, dass Bildung und Herkunft immer noch über Chancen entscheiden.

Und ungerecht ist, dass Geflüchtete stigmatisiert werden, statt ihnen mit Respekt und Würde zu begegnen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wer Menschen herabsetzt und Politik mit Fake News macht, gefährdet den Zusammenhalt. Wer Vertrauen zerstört, schwächt den Sozialstaat und ebnet den Weg für Antidemokraten und Rassisten.

Und so komme ich zurück zum Anfang: Es muss gerecht zugehen in unserer Gesellschaft. Das ist der Auftrag aus unserem Grundgesetz - Artikel 1 und 20. Und dafür braucht es Menschen, die sich dafür einsetzen. Menschen wie Matthias, die sich nicht beirren lassen, die Solidarität leben, die Haltung zeigen.

Lieber Matthias – deshalb freue ich mich, heute hier zu sein und mit dir zu feiern. Denn dabei geht es dir nicht nur um Spaß und gute Gespräche, sondern du verbindest das Feiern mit Engagement, mit Haltung – für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität, für Demokratie.

Und genau das zeichnet dich aus!

Herzlichen Glückwunsch nachträglich und herzlichen Dank für dein jahreslanges Engagement!